

Im Juni 2022 wendete sich die Kreishandwerkerschaft Dessau-Roßlau mit einem Obermeisterbrief an die Öffentlichkeit. In diesem forderte Handwerksmeister Karl Krökel gemeinsam mit seinen Kollegen einen Stopp der Waffenlieferungen an die Ukraine, das Ende der völkerrechtswidrigen Sanktionspolitik und Friedensverhandlungen. Im Sommer letzten Jahres entstand daraus die Initiative „Handwerker für den Frieden“. Seitdem kam es zu zahlreichen Veranstaltungen und Aktionen für den Frieden aber auch zahlreiche Anfeindungen und Diffamierungen. Für den 18. November laden die Handwerker zu einer Kundgebung auf dem Dessauer Schlossplatz ein.

UZ: Herr Krökel, vor 18 Monaten haben sie mit ihrem Engagement für den Frieden bundesweit Bekanntheit erlangt. Wie waren ihre Erfahrungen?

Karl Krökel: Überraschend war die durchweg positive Resonanz zu den weiteren 25 Demonstrationen wie in Berlin, Oranienburg, Halle, München, Hamburg und Schwedt und ich habe auch gerne Einladungen zu Vorträgen in Bremen und Hamburg angenommen. In Bremen ging es um „Wirtschaftskrieg gegen Russland und China-Bumerang für unsere Wirtschaft?“ und im Hamburg am 2.10.2023 um den „Tag der deutschen Einheit „- „„Wiedervereinigung“-„Verrat am Friedensangebot Gorbatschows durch NATO Osterweiterung““. Der „Handwerker-Friedenskongress“ am 2.4.2023 in Dessau-Roßlau war mit über 200 Teilnehmern aus ganz Deutschland und der Schweiz war ein voller Erfolg.

UZ: Im Aufruf Zur Kundgebung am 18. November spielt die wirtschaftliche Entwicklung eine größere Rolle. Wie hat sich die Situation der Handwerker im letzten Jahr entwickelt?

Karl Krökel: All das, was wir in unserem Obermeisterbrief vom 14.7.2022 an die Regierung vorausgesagt hatten, ist leider eingetreten. Diese falsche Sanktionspolitik ist eindeutig gescheitert, deren Leidtragende unsere Bürger und unsere Wirtschaft sind und wir jetzt und in Zukunft den Preis für diese Sanktionen bezahlen. Selbst der Rückzug von VW, BMW, Mercedes oder Renault – um ein Beispiel zu bringen, welches auch das Handwerk betrifft- zeigt kaum Wirkung. Die russische LADA Produktion in Togliatti läuft auf Hochtouren, trotz Sanktionen. Zur Not gibt es eben mal kein ESP und ASP. Im Moskauer Renaultwerk wird mit Unterstützung Chinas eine neue Generation der Traditionsmarke Moskwitsch entstehen-keine High Tech Produkte- aber sie werden ihren Zweck erfüllen. Die Preisexplosionen auf dem Energiemarkt belasten alle Bereiche der Wirtschaft – besonders aber die mit hohem Energiebedarf, egal ob Glashersteller, Metallschmelzer, Gießereien oder der Bäcker von Nebenan.

UZ: Sie fordern auch „bezahlbare Lebenshaltungskosten“. Wie wirken sich der Krieg und die Sanktionen auf die soziale Lage im Land aus?

Karl Krökel: Indem wir praktisch Geld für gar nichts haben. Nicht genügend für den Unterhalt von Krankenhäusern, nichts für ausreichend Lehrer an den Schulen, u.s.w.. Die Tafeln knicken unter der Last der Bedürftigen ein. Seit Beginn des Ukrainekrieges verzeichnen die Tafeln 50% mehr Kunden und versorgen derzeit bis zu 2 Millionen Menschen mit Lebensmitteln. Dieser soziale Krieg gegen die eigene Bevölkerung ist eine Politik, die die Infrastruktur in Deutschland weiter kaputtkürzt und uns als Industrieland massiv gefährdet. Die Mieten fressen bald die Hälfte des Monatslohns. Die Gas- und Strompreise sind so hoch, dass immer mehr Menschen die Rechnungen nicht mehr bezahlen können. Der Deutsche Mieterbund spricht hier über Millionen. Die Strompreise in Deutschland sind 3x teurer als im internationalen Durchschnitt. In den USA müssen private

Verbraucher nicht einmal die Hälfte dessen zahlen, was Verbraucher hierzulande schultern müssen. In Saudi-Arabien, Russland, Mexiko, China, Kanada werden weniger als 10 Cent fällig. Es ist wirtschaftspolitischer Irrsinn, der da getrieben wird.

UZ: Die Ampelregierung wie auch die Oppositionsparteien scheinen sich bei Aufrüstung und Kriegspropaganda gegenseitig überbieten zu wollen. Welche Aufgaben sehen sie für die Friedensbewegung?

Karl Krökel: 1989 lag der Frieden auf dem Verhandlungstisch Europas. Der Aufbau einer kooperativen, kontinentalen Friedensordnung – jenes „Europäische Haus von Lissabon bis Wladiwostok“, von dem Gorbatschow stets sprach.

Unsere Position ist nach wie vor eindeutig. Kein Krieg ist unser Krieg – auch der in der Ukraine nicht! Schluss mit den Waffenlieferungen! Errichtung einer Europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung! Stattdessen hat die Bundesregierung Entwicklungen gefördert, die hinsichtlich ihrer Wunschziele vorgegeben durch die USA – die Gefahr immer weiter erhöhen, Deutschland am Ende doch noch direkt am Krieg zu beteiligen. „Handwerker für den Frieden“ werden im Rahmen der Friedensbewegung weiter für eine soziale, ökologische und demokratische Bundesrepublik Deutschland – als Teil einer gerechten Weltordnung ohne Krieg, Hunger und Ausbeutung eintreten.

UZ: Wie werden die „Handwerker für den Frieden“ weiter machen?

Karl Krökel: Wir werden auch weiter für etwas geradestehen, was die „Handwerker für den Frieden“ auf vielen Kundgebungen in Deutschland immer und immer wieder vertreten. Dieser Verantwortung stellen wir uns aus der Mitte der Gesellschaft heraus. Wir müssen uns heute wieder mehr wehren, um unsere eigene Meinung Gehör zu verschaffen, denn ein einseitiges Meinungsklima hat ganz konkrete Auswirkungen auf die Gesellschaft. Wenn einseitig gesprochen wird, dann kommen auch einseitige, falsche Entscheidungen zu Stande. Deshalb sagen wir: auch im Nahost-Konflikt darf sich die Regierung nicht an der Seite der Gewalt stellen. Auch hier wollen wir unsere Forderungen auf die Straße bringen, ohne als antisemitisch oder terrorunterstützend denunziert zu werden.